Berlin, 24. November 2026
dmil/

MEDIENINFORMATION

Tarifverhandlungen mit den privaten Banken: Arbeitgeber spielen auf Zeit – Beschäftigte gehen ohne Gehaltserhöhung ins neue Jahr

Auch in der dritten Tarifverhandlungsrunde für die bundesweit rund 150.000 Beschäftigten der privaten Banken hat die Arbeitgeberseite am Abend (23. November 2026) kein neues Gehaltsangebot vorgelegt. „Die Banken spielen auf Zeit. Die Rechnung zahlen die Beschäftigten. Sie gehen ohne Gehaltserhöhung und ohne finanzielle Entlastung ins neue Jahr“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Jan Duscheck.

Das letzte und nach wie vor gültige Angebot der Arbeitgeber vom 2. November 2026 sieht neun Nullmonate vor. Erst im Juli 2027 wollen sie die Tarifgehälter um 2,2 Prozent steigern und im Juli 2028 um weitere 2,0 Prozent. Danach blieben die Löhne bis September 2029 weitere fünfzehn Monate unverändert. „Auf die dreijährige Laufzeit umgerechnet entspricht das gerade einmal rund 1,4 Prozent Gehaltssteigerung pro Jahr. Das würde einen ungeheuren Kaufkraftverlust nach sich ziehen, der völlig inakzeptabel ist“, so Duscheck. Für Auszubildende und dual Studierende liegt nach wie vor gar kein Gehaltsangebot vor.

Die privaten Banken lehnen überdies eine tarifliche Regelung zur Krankmeldung ohne Attest weiterhin ab. ver.di fordert, dass sich Beschäftigte für die ersten drei Krankheitstage weiterhin ohne ärztliches Attest krankmelden können. In der dritten Verhandlungsrunde betonte die Arbeitgeberseite dabei, sie unterstütze mit ihrer Haltung die Linie der Bundesregierung. „Wer zukünftig schon am ersten Krankheitstag ein Attest verlangt, stellt die Beschäftigten der gesamten Branche unter Generalverdacht und riskiert erst recht längere Krankschreibungen“, kritisierte Duscheck.

In der dritten Runde zeigte die Arbeitgeberseite ebenfalls keinerlei Bereitschaft, über die unbefristete Übernahme von Nachwuchskräften in Vollzeit oder über tarifliche Regelungen zur Beschäftigungssicherung zu verhandeln. Ebenso lehnte sie Verhandlungen über die von ver.di in die Gespräche eingebrachte Rahmenvereinbarung über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) ab. „Für ihre Personalkosten wollen die Banken mit der geforderten Laufzeit für sich drei Jahre Planungssicherheit durchsetzen. Ihren Beschäftigten verweigern sie

V.i.S.d.P.: Daniela Milutin | ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011/1012
E-Mail: pressestelle@verdi.de
www.verdi.de/presse

Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft

dagegen jede verbindliche Zusage zur Zukunft ihrer Arbeitsplätze“, kritisierte Duscheck.

ver.di fordert sechs Prozent mehr Gehalt für zwölf Monate sowie für Nachwuchskräfte monatlich 300 Euro mehr. Darüber hinaus setzt sich die Gewerkschaft für eine unbefristete Übernahme in Vollzeit für Nachwuchskräfte ein. Beschäftigte sollen zudem Gehaltsbestandteile in bis zu 20 freie Tage pro Jahr umwandeln können. Angesichts des zunehmenden Einsatzes von KI fordert ver.di verbindliche Regeln für Beschäftigungsschutz, Personalplanung und Qualifizierung.

Die Verhandlungen sollen am 20. Januar 2027 in Berlin fortgesetzt werden.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.: Daniela Milutin | ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011/1012
E-Mail: pressestelle@verdi.de
www.verdi.de/presse